



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Landesverband Hessen e.V.
Otto-Hesse-Str.19/T 3, 64293 Darmstadt
Tel.: (06151) 2794500
Fax: (06151) 2794502
Homepage: www.dpolghessen.de
eMail: kontakt@dpolghessen.de

**DPoIG – so gut kann Gewerkschaft sein!
DPoIG – wir sind die Blauen!**

Verantwortlich

Roland Metz
Landesredakteur
Tel. 06151 / 2 79 45 00
Fax 06151 / 2 79 45 02
eMail: metz@dpolghessen.de

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch mehr!
Weiter vorn mit der DPoIG!**

DPoIG – Info (DI)

Nr. 1

17. Januar 2017

**Ein Service der Deutschen Polizeigewerkschaft
im DBB (DPoIG), Landesverband Hessen**

In dieser Ausgabe lesen Sie:

- 1.1 – DPoIG und CDU im Dialog *****
- 1.2 – DPoIG und FDP im Dialog *****
- 1.3 – dbb Hessen macht ernst:
Klage gegen Beamtenbesoldung eingereicht - Es soll festgestellt werden,
dass die hessische Beamtenbesoldung verfassungswidrig ist *****
- 1.4 – Der „Big Bang“ im Fokus
PiD-Fachseminar „Kampf gegen militärisch organisierte Kleingruppen“ *****
- 1.5 – Für einen guten Zweck: 6. Spendenlauf „LAUFend gegen Krebs“ *****

1.1 - DPoIG und CDU im Dialog



Mitglieder des Landesvorstandes der DPoIG Hessen waren Ende November 2016 unter Führung des Landesvorsitzenden Heini Schmitt (li.) in Wiesbaden zu Besuch bei MdL Holger Bellino (zw.v.li.), dem parlamentarischen Geschäftsführer der hessischen CDU-Landtagsfraktion.

Das Gespräch drehte sich -wie könnte es anders sein- vorrangig um den IST-Zustand der Hessischen Polizei und die diesbezügliche (teilweise) unterschiedliche Sichtweise von DPoIG und CDU.

Im Besonderen wurden die Schwerpunktthemen

- Personal (Neueinstellungen)
- Lebensarbeitszeitkonto (LAK)
- Besoldung (Klageverfahren)
- Ausbildung und Ausrüstung
- Schutzparagraf für Bedienstete im Öffentlichen Dienst

angesprochen.

Dem Abgeordneten wurde seitens der DPoIG dargelegt, warum die geplanten Polizei-Einstellungszahlen bei weitem nicht den erforderlichen Bedarf hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Land decken.

Nach den derzeitigen Berechnungen und unter Zugrundelegung einer optimalen Quote bei den Studienabschlüssen der neuen Kolleginnen und Kollegen sowie keiner weiteren neuen Aufgabenstellungen für die Polizei und keiner Schaffung von neuen (zusätzlichen) Organisationseinheiten, ist damit zu rechnen, dass von den jetzt beabsichtigten Einstellungen nur 100 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in der Fläche ankommen werden.

Leider würden bereits jetzt schon neue (zusätzliche) Organisationsformen (Org.-Einheiten) durch „Vorfinanzierung“ geschaffen (sprich Beamtinnen und Beamten würden derzeit aus vorhandenen operativen Bereichen abgezogen).

Dies gehe klar zu Lasten der übrigen Belegschaft und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Hinzu komme, dass der aus den Einstellungszahlen resultierende Mehraufwand im Bereich der Ausbildung aus Sicht der DPoIG nicht einmal im Ansatz zu überschauen sei! Hier würden die auf den Dienststellen betrauten Polizeibeamtinnen und -beamten von heute auf morgen vor einem zusätzlichen Problem stehen. Die hessische Polizei habe jetzt schon zu verkraften, dass ein Teil der Ausbilder von PK-Anwärterinnen und -anwärttern in den Dienststellen vor Ort nur auf einen eigenen Erfahrungsschatz im Wechselschichtdienst von einem oder zwei Dienstjahren zugreifen könnten. Dies sei weniger als suboptimal.

Das Klageverfahren des dbb Hessen hinsichtlich der Verfahrensweise der schwarz-grünen Koalition bezüglich Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamten wurde kurz erläutert. Beide Seiten waren sich einig, dass die Entscheidung in dieser Angelegenheit richtungsweisend sein werde. Dem Ausgang sehen beide Seiten mit Spannung entgegen.

Die Absenkung der Wochenarbeitszeit und die Beibehaltung des LAK-Kontos über den 1. August 2017 hinaus (und dessen damit verbundene Auffüllung mit der 41. Wochenstunde) wurde seitens der DPoIG Hessen angeregt.

Neben der aus DPoIG-Sicht unzureichenden Personalvermehrung bei der Hessischen Polizei beanspruchte die Diskussion über die polizeiliche Ausbildung und Ausrüstung sowie über die Notwendigkeit der Einführung eines Schutzparagrafen für öffentlich Bedienstete die meiste Zeit des Gespräches.

Besonders waren den DPoIG-Verantwortlichen deutliche Hinweis auf die nur scheinbar ‚sichere‘ Schutzausrüstung und ‚gute‘ Bewaffnung wichtig. Dies wurde anhand von Beispielen untermauert.

Holger Bellino wurde der tatsächliche Ausbildungsstand und wurden die Möglichkeiten zum sicheren Umgang mit den zur Verfügung stehenden Einsatzmitteln erläutert.

In dem äußerst konstruktiven Gespräch konnten für beide Seiten wichtige Punkte herausgearbeitet werden.

MdL Bellino wurde versichert, dass die Polizei auch in möglichen konkreten Bedrohungssituationen ihr Bestes geben wird. Allerdings ließen sich auch beim besten Willen nicht alle der aufgezeigten Mängel kompensieren.

MdL Holger Bellino und die hessische DPoIG vereinbarten den konstruktiven Erfahrungsaustausch als bald fortzusetzen.

1.2 - DPoIG und FDP im Dialog



Anfang Dezember 2016 setzten Verantwortliche der hessischen DPoIG ihren Dialog mit Repräsentanten der FDP Hessen und der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag fort. Lars Maruhn (1. Stellv. Landesvorsitzender der DPoIG Hessen, 3.v.li.) begrüßte in der Darmstädter DPoIG-Landesgeschäftsstelle MdL Wolfgang Greilich (Bildungs- und Innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hess. Landtag, 2.v.re.), Moritz Promny (Stellv. Landesvorsitzender der FDP Hessen, 3.v.li.) sowie Jascha Hausmann (FDP-Justitiar und Referent für Inneres und Sport, auf dem Bild unten 2.v.re.).

Von Seiten der DPoIG Hessen nahmen an der Unterredung Landesschatzmeister Uwe Rettich (re.), Landestarifbeauftragter Stefan Bastian (li.) und Landesvorstandsmitglied Norbert Lammel (2.v.li.) teil.



In dem mehr als zweistündigen konstruktiven, offenen Gespräch wurden zahlreiche Themen erörtert. Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeitkonto, Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, Ausstattung der Polizei (wobei hier besonders die fehlende Schutzausstattung moniert wurde) und Ausbildung (auch hinsichtlich der aktuellen Bedrohungslage), „Vorfinanzierung“ im Sinne von Schwächung vorhandener operativer Einheiten (durch Abziehen von Beamtinnen und Beamten im Vorgriff auf eine frühestens in drei Jahren vor Ort ankommende Personalverstärkung). unterschiedlichste Belastungen der vorhandenen Polizeikräfte, Funktionalität von Funkwagen, Sachstand Digitalfunk nahmen dabei einen breiten Raum ein.

In angenehmer Atmosphäre wurden die jeweiligen Standpunkte offen und konstruktiv definiert, aber auch viele Gemeinsamkeiten erkannt.

Es wurde vereinbart, die Gesprächsreihe fortzusetzen.

1.3 - dbb Hessen macht ernst:

Klage gegen Beamtenbesoldung eingereicht – Es soll festgestellt werden, dass die hessische Beamtenbesoldung verfassungswidrig ist

„*Es ist so weit!*“, erklärte Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen beamtenbund und tarifunion, am Montag (16.01.17) in Frankfurt/Main.

Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis hat für drei hessische Beamte -mit Unterstützung und Rechtsschutz durch den dbb Hessen- an den Verwaltungsgerichten in Frankfurt und Wiesbaden gegen die Beamtenbesoldung in Hessen Klage eingereicht.

Heini Schmitt erläuterte, dass es ein langer Weg gewesen sei, um die Klagen einzubringen. Dies vor allem deshalb, weil das neue Besoldungsgesetz erst im Juli 2016 in Kraft getreten war und das Widerspruchsverfahren viel Zeit in Anspruch genommen hatte.

In enger Kooperation mit Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Battis seien die Klagen vorbereitet worden, mit denen festgestellt werden soll, dass die hessische Beamtenbesoldung verfassungswidrig ist.

Die drei Kläger stammen aus der Finanz- bzw. der Justizverwaltung.

Quelle: Pressemitteilung 02/2017 des dbb Hessen vom 16. Januar 2017

1.4 - Der „Big Bang“ im Fokus

PiD-Fachseminar „Kampf gegen militärisch organisierte Kleingruppen“



Paris, Brüssel, Nizza – das Wesen terroristischer Bedrohungslagen hat sich massiv erweitert. Auch die Sicherheitsbehörden in Deutschland stellen sich auf einen „Big Bang“ ein – einen terroristischen Angriff, der auf hohe Opferzahlen in kurzer Zeit zielt.

Ähnlich wie bei einer Amoklage auch, fällt den ersten Einsatzkräften vor Ort als „First Responder“ eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen die Angreifer lokalisieren, isolieren und – ggf. bereits vor Eintreffen von Spezialkräften – schließlich neutralisieren. Grund genug also für den Verein „Polizeitrainer in Deutschland e. V. (PiD) sich des Themas anzunehmen.

Rund 90 Kolleginnen und Kollegen konnte das Team um „Ecko“ Niebergall Anfang November 2016 im Taunus zum PiD-Fachseminar *„Kampf gegen militärisch organisierte Kleingruppen“* begrüßen.

Verschiedene Impulsvorträge leiteten in die Thematik ein.

Bernd „Poko“ Pokojewski wies in seiner Einführung auf die professionelle Vernetzung terroristischer IS Strukturen hin. Eine wichtige Rolle nehmen die sozialen Medien ein, über die Propaganda aber auch Ausbildungsmaterial verbreitet werde und die zur Rekrutierung genutzt werden. Zudem sei es für die Sicherheitsbehörden schwierig, Netzwerke **rechtzeitig** aufzudecken. So umfasste das **französisch-belgische** Netzwerk, welches die Anschläge am 13.11.2015 in Paris und den Bombenanschlag auf den Brüsseler **Flughafen** durchführte, mindestens 40 - 50 Personen. Neben Anschlägen durch „Lone-Wolf“-Täter und vernetzten Gruppen sei als eine weitere Dimension die gezielte Ausspähung und Angriffe auf Sicherheitskräfte zum Bedrohungsspektrum dazugekommen.

Ralph Schmidt widmete sich vor allem der Taktik und den Folgerungen für das Einsatztraining. Zunächst zeigte er anhand einschlägiger Propagandavideos auf, wie sich das Gegenüber aus- und fortbildet. Im Gegensatz zu Amoktätern müsse man mit einem geplanten, komplexen und militärischen Vorgehen des sehr gut vernetzten Gegenübers rechnen. Man dürfe zwar den Gegner nicht unterschätzen, müsse ihn aber auch nicht als unbesiegbar ansehen. Umso mehr komme es auf Entschlossenheit an. Absolutes Neuland betrete man auch bei der Taktik nicht – gerade der Blick in ältere Vorschriften gebe wertvolle Hinweise.

Oberst a. D. Gerhard Bahr stellte die rechtlichen Rahmenbedingungen (v. a. Art. 35 GG) und die Fähigkeiten der Bundeswehr dar, im Falle eines Großschadensereignisses Polizei und Hilfsorganisationen Unterstützung zu leisten. Insbesondere Feldjäger und Sanitätskräfte sowie auch ABC-Abwehr, Lufttransport, und Spezialkräfte hätten einen hohen Einsatzwert. Er empfahl, mit den Bundeswehrkräften im eigenen Einsatzgebiet Verbindung aufzunehmen und zu halten. Neben den eigentlichen Truppenteilen verfügt die Bundeswehr über eine Territorialorganisation mit Landeskommandos (eines pro Bundesland) sowie meist aus Reservisten bestehende Verbindungskommandos auf Bezirks- und Kreisebene. Dazu kommen noch die regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kompanien), ebenfalls aus Reservisten bestehend.

In den letzten Jahren haben Mini- und Microdrohnen erhebliche Verbreitung gefunden und können auch aus polizeilicher Sicht eine Bedrohung darstellen. Christian Gieselmann von der Firma Insensiv stellte diverse Möglichkeiten der Drohnenabwehr vor, darunter den String-Shot-Launcher, der auf einem Paintball-Markierer basiert. Umgekehrt lassen sich Drohnen auch zur Überwachung einsetzen. Als Beispiel zeigte Insensiv seinen POD-Copter, der über ein energieführendes Kabel mit einer mobilen Station verbunden ist und somit auch längere Einsätze absolvieren kann.

Ralph Wilhelm von dem schweizerischen Waffenhersteller B&T aus Thun setzte sich mit der Frage der Bewaffnung auseinander. Gerade mit Blick auf die Langwaffe gibt es durchaus verschiedene Ansätze, von denen einige derzeit bereits in Bund und Ländern umgesetzt werden. Grundsätzlich empfahl Wilhelm eine Waffe mit einer Schulterstütze und einer Rotpunkt-Optik. Dies würde gerade in angespannten Lagen die Treffsicherheit selbst auf größere Distanzen erhöhen. Zudem wäre ein Kaliber mit ballistischen Leistungsreserven

nötig, da die Täter ballistische Schutzausrüstung nutzen könnten. Ralph stellte natürlich auch einige der innovativen Produkte aus seinem Hause vor, wie etwa den APC300 im Kaliber .300 Whisper oder die dienstpistolengroße Universal Service Weapon (USW) mit klappbarer Schulterstütze und Aimpoint-Rotpunktvisier.

Auch der Verfasser dieses Artikels hatte die Ehre, über Aspekte der Führungs- und Einsatzmittel vorzutragen. Er tat dies aus der Sicht des militärischen Taktikers (Oberstleutnant d. R. Heeresaufklärungstruppe) und des Fachjournalisten mit Schwerpunkt Streit- und Sicherheitskräfte. Um „vor die Lage zu kommen“ komme es vor allem auf das richtige „Mindset“ der Einsatzkräfte, eine entschlossene und straffe Führung sowie eine stetige Verdichtung des Lagebildes an. So könne man dem Gegenüber die Initiative abringen. Ausrüstung wie zweckmäßig konfigurierte Langwaffen, modular anpassbare ballistische Schutzausrüstung, diverse geschützte und ungeschützte Fahrzeuge oder moderne medizinische Erstversorgungsausstattung bilden wertvolle materielle Ergänzungen. Grundsätzlich müsse aber die Taktik die Technik bestimmen.

Geschützte Sonderfahrzeuge standen schließlich im Fokus des Spezialfahrzeugbauers Friederichs. So gab der Chef des Frankfurter Traditionsbetriebes, Henrik Schepler, einen umfassenden Überblick über die Möglichkeiten, Fahrzeuge unauffällig und dabei hochwirksam zu schützen.

Der zweite Teil des Seminars war dann durch praktische Arbeit geprägt. In verschiedenen Workshops stellten sich die Teilnehmer diversen Szenarien und erarbeiteten taktische Lösungsvorschläge. Eine kleine Industrieausstellung rundete die Veranstaltung ab.

Der PiD e. V. wird die Thematik selbstverständlich weiter vertiefen. So steht der „Big Bang“ als ein Aspekt der Europäischen Polizeitrainer Fachkonferenz am 1./2.03.2017 im Fokus.

Jan-Phillipp Weisswange
Polizeitrainer in Deutschland e.V. (PiD)

1.5 - Für einen guten Zweck: 6. Spendenlauf „LAUFend gegen Krebs“

Vorankündigung

Am **07. Juli 2017** veranstaltet das ‚Nationale Centrum für Tumorerkrankung Heidelberg (NCT)‘ seinen **6. Spendenlauf „LAUFend gegen Krebs“** in Heidelberg.

DIE LÄUFE:

- Rundenlauf à 2,5 km für Spaziergänger, Walker und Läufer
- Halbmarathon mit 21 km

Anmeldungen sind per E-Mail an mirjam.schmidt@jungepolizei.de ab sofort möglich. Weitere Informationen über die Veranstaltung und den Ablauf erfolgen im Frühjahr 2017.

Quelle: ‚Standpunkt‘ der DPoIG Kurpfalz Ausgabe Nr. 14 / 2016 vom 19.12.2016

DPoIG - wir sind die Blauen!
Das Vergnügen besser zu sein - DPoIG!

Besuchen Sie unsere Homepage: www.dpolghessen.de

Serviceleistungen für unsere Mitglieder und für die Polizei

Pkw riesig unter Listenpreis! Mobiltelefone unschlagbar günstig!



Sondertarife Ö. D.

von der DPoIG Service GmbH

Aktuelle Service-Angebote der DPoIG unter: www.dpolg-service.de oder 07161-964100

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch viel mehr
Verstehen * Lösen * Handeln = DPoIG!
DPoIG – wir können was wir tun!**

ZITIER T

... Die Rassismus-Vorwürfe gegen die Kölner Polizei sind absurd und schwer erträglich – vor allem aus Sicht der Beamten, die in der Silvesternacht rund um den Dom im Einsatz waren. Mit ihrer völlig überzogenen Kritik hat Grünen-Chefin Simone Peter bewiesen, dass der alte, selbstbetrügerische linksalternative Gesinnungsreflex nach wie vor funktioniert, die Augen vor den Schattenseiten deutscher Einwanderungspolitik zu verschließen und stattdessen verbal auf die Polizei einzuprügeln.

... Den dritten Schritt vor dem ersten zu tun, das ist der Ausdruck einer verqueren Logik. Ebenso verquer, wie jetzt der Kölner Polizei „Racial Profiling“ vorzuwerfen und die Tatsache zu ignorieren, dass die Beamten nach den Erfahrungen vom vergangenen Jahr eine spezielle Situation zu meistern hatten, in der die ethnische Herkunft geschlossen auftretender Personengruppen sehr wohl eine entscheidende Rolle spielte.

...

Frank Schmidt-Wyk
Journalist

Auszug aus seinem
Kommentar zur Rassismus-Debatte
(„Starkenburger Echo“ v. 03.01.2017, S. 2)

Erscheint in unregelmäßigen
Abständen bei Bedarf.
Nachdruck honorarfrei.
Quellenangaben erbeten.

Die unter Verfassername
veröffentlichten Artikel stellen
nicht in jedem Fall auch die
Meinung der DPoIG dar.

Ende DPoIG-Info (DI) Nr. 1-2017